



# Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft

Nationales Forschungsprogramm NFP 58

Summary Sheet 16

## IDENTITÄTSKARTE

**Muslime in der Schweiz:  
Zwischen Anerkennung  
als Minderheit und  
Anpassung**

**Leitung**

Dr. Marco Giugni, Universität Genf

**Mitarbeit**

Matteo Gianni, Noémi Michel

**Weitere Informationen**

[www.nfp58.ch](http://www.nfp58.ch) → Projekte → Muslime in der Schweiz

## ÜBERBLICK

# Schweizer Muslime sind heterogen und das Recht ist wenig förderlich für ihre Integration

**Die Musliminnen und Muslime in der Schweiz bilden eine heterogene Gruppe. Für ihre Integration sind die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen in der Schweiz wenig förderlich. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie des Nationalen Forschungsprogramms 58 (NFP 58). Ein besseres Verständnis der islamischen Kultur und Religion führt gemäss der Forschungsgruppe zu einer besseren Integrationspolitik. Die Forschenden schlagen verschiedene Massnahmen vor, um die Integration der Musliminnen und Muslime in der Schweiz zu fördern.**

Die muslimische Bevölkerung der Schweiz setzt sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen. Die hiesigen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sind wenig förderlich für die Integration dieser religiösen Minderheit. Zu diesen Ergebnissen kommt die Forschungsgruppe des Nationalen Forschungsprogramms 58 (NFP 58) aufgrund von Interviews mit 900 Musliminnen und Muslimen, sowie 300 nichtmuslimischen Schweizerinnen und Schweizern. Zudem haben die Forschenden die seit 1980 gefällten politischen Entscheide untersucht, welche die muslimische Bevölkerung betreffen.

### **Klares Bekenntnis zu demokratischen Werten**

Die Mitglieder der muslimischen Gemeinschaft in der Schweiz stammen vor allem aus der Türkei, dem Maghreb und dem Balkan (siehe Kasten). Ihre Beziehung zur Religion ist sehr unterschiedlich. Nur wenige der befragten Musliminnen und Muslime gaben an, sehr religiös zu sein. Die Immigranten aus dem Maghreb unterscheiden sich von den beiden anderen muslimischen Einwanderungsgruppen: Sie gehen weniger häufig in die Moschee, dafür beten viele

von ihnen mehrmals am Tag. Sie halten sich ausserdem häufiger an das Fasten im Ramadan und an die islamischen Speisevorschriften als andere Musliminnen und Muslime, die in der Schweiz leben.

Im Kontrast zur öffentlichen Meinung zeigt die Studie, dass sich die befragten Musliminnen und Muslime klar zu demokratischen Institutionen und Werten bekennen. Sie engagieren sich ausserdem stark im Vereinswesen. Auf der politischen Ebene sind sie dagegen wenig aktiv. Das liegt gemäss den Forschenden des NFP 58 daran, dass es sich bei den Befragten vor allem um Ausländer handelt, die in der Schweiz keine politischen Rechte haben.

### **Muslime unter Anpassungsdruck**

Gemäss den Forschenden des NFP 58 behindert der rechtliche und institutionelle Rahmen in der Schweiz durch die hohen Einbürgerungshürden die Integration der Muslime. Die Forschenden beobachteten ausserdem, dass die politischen Institutionen in der Schweiz tendenziell von den Musliminnen und Muslimen erwarten, dass sie sich den helvetischen

Gepflogenheiten anpassen. Diese Assimilationspolitik nimmt wenig Rücksicht auf die kulturellen und religiösen Anliegen der muslimischen Minderheit.

Zwar hat sich die Situation in den 1990er Jahren bezüglich Einbürgerungskriterien, Bürgerrechten von Ausländern sowie Antidiskriminierungsmassnahmen etwas verbessert. Diese Entwicklung stagniert aber seit den Nullerjahren. Zudem unterscheiden sich die rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für die Integration der muslimischen Bevölkerung stark von Kanton zu Kanton (siehe Kasten).

### **Bessere Integration dank Einbürgerung**

Gemäss den Forschenden des NFP 58 lassen sich die integrationspolitischen Herausforderungen besser meistern, wenn die kantonalen und nationalen Behörden die kulturelle, soziale und politische Haltung der Musliminnen und Muslime sowie den rechtlichen

und institutionellen Rahmen in der Schweiz besser kennen und verstehen.

Die Forschenden geben verschiedene Empfehlungen ab, um die Integration der Musliminnen und Muslime in der Schweiz zu verbessern. Zunächst soll der Zugang zur Schweizer Staatsbürgerschaft erleichtert werden, damit die Musliminnen und Muslime von den politischen Rechten Gebrauch machen können, die das politische System der Schweiz vorsieht. Zweitens sollten die Musliminnen und Muslime in die politischen Entscheidungsprozesse eingebunden werden, die sie betreffen. Und schliesslich sollen die kantonalen und nationalen Behörden die Schweizer Bevölkerung besser über die Muslime informieren. Die Vorurteile gegenüber der muslimischen Minderheiten decken sich nämlich häufig nicht mit den Resultaten, zu denen die Forschenden gelangt sind.

### **Nicht alle Muslime bevorzugen dieselben Schweizer Sprachregionen**

Die im Rahmen des NFP 58 durchgeführte Umfrage zeigt, dass die Muslime in der Schweiz keine homogene Gruppe bilden. Zunächst teilen nicht alle dieselbe Herkunft. Der Grossteil von ihnen stammt aus der Türkei, dem Maghreb (Algerien, Marokko und Tunesien) und dem Balkan (vor allem Kosovo und Mazedonien). Ihre kulturellen, politischen und religiösen Traditionen sind von den jeweiligen Herkunftsregionen geprägt.

Ausserdem leben sie in der Schweiz in unterschiedlichen Sprachregionen. Die Musliminnen und Muslime aus der Türkei und dem Balkan wohnen mehrheitlich in der Deutschschweiz, während jene aus dem Maghreb vor allem in der französischen Schweiz zu Hause sind.

Die Musliminnen und Muslime aus dem Maghreb unterscheiden sich von ihren Glaubensgenossen in verschiedener Hinsicht. Sie setzen etwa bei der Religionsausübung andere Prioritäten. Zudem sprechen sie die Sprache ihres Wohnorts vergleichsweise besser, sind aber dennoch häufiger arbeitslos als die Musliminnen und Muslime in anderen Schweizer Landesteilen. Ausserdem sind sie weniger stark an ihr Herkunftsland gebunden. Sie reisen weniger häufig dorthin zurück und schicken auch seltener Geld in ihre ursprüngliche Heimat als dies die Musliminnen und Muslime aus der Türkei oder dem Balkan tun.

### **Der Föderalismus beeinflusst die Integration der Muslime**

Die Forschenden des NFP58 stellten fest, dass der rechtliche und institutionelle Rahmen für die Integration der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz von Kanton zu Kanton unterschiedlich ist. So liegen beispielsweise die Einbürgerungsprozesse in der Verantwortung der Kantone. Die Kantone regeln auch die Beziehungen zwischen den öffentlichen Institutionen und den religiösen Gemeinschaften. Folglich sind es auch die Kantone, die eine Religionsgemeinschaft öffentlich-rechtlich anerkennen.

In der Schweiz ist bislang keine muslimische Organisation öffentlich-rechtlich anerkannt worden, obwohl sich einige von ihnen darum bemüht haben. Zudem hat gemäss den Forschenden die dezentrale Regelung religiöser Fragen die Schaffung einer nationalen Struktur zur muslimischen Interessenvertretung in der Schweiz behindert. Allerdings hat die Minarettabstimmung den muslimischen Organisationen gezeigt, wie wichtig es ist, die eigenen Interessen auf Bundesebene zu vertreten.